

## Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 06. September 2006

### **Vorstellung des Projektes "Schengen-Lyzeum" durch einen Vertreter des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft**

Nachdem der Kreistag Merzig-Wadern der Errichtung des Schengen-Lyzeums im Juli 2006 ebenso wie die zuständigen Stellen in Luxemburg und im Saarland zugestimmt hat, werden die Planungen für das Vorhaben zwischenzeitlich weitergeführt.

Ministerialrätin Freigang und Ministerialrat Schröder vom Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft wurden vor Eintritt in die Beratungen vom Vorsitzenden begrüßt. Herr Schröder erläuterte anhand einer Bildschirmpräsentation die Entwicklung des Projektes "Schengen-Lyzeum" und die bisher erfolgten Arbeitsschritte. Grundlage für das Projekt ist u.a. die im Jahr 2003 in Zusammenarbeit der Grundschule Perl bzw. Dreiländereck und der Grundschule in Remerschen und später in Mondorf-les-Bains eingeführte "Schengen Schule". Er wies darauf hin, dass 2007 die ersten Schüler eines „Schengen-Jahrganges“ die Grundschule verlassen und dann auf das neue Schengen-Lyzeum wechseln können.

Im Folgenden stellte Herr Schröder das von der Arbeitsgruppe zwischenzeitlich erarbeitete Konzept für den späteren Schulbetrieb an der neuen Schule vor. Als Abschlüsse wird die Schule das Abitur anbieten, das bei Bestehen sowohl den deutschen wie auch den luxemburgischen Abschluss beinhalten wird. Ein weiterer Bildungszweig wird der Bereich Wirtschaft sein, der zu dem in Luxemburg als Berufsbildungsabschluss anerkannten "Diplome de techniciens administrative et commercial" führt.

Die Schule soll eine maximale Durchlässigkeit für beide Seiten gewährleisten und als Ganztagschule geführt werden, die für berufstätige Eltern eine Betreuung täglich von 7.00 bis 18.00 Uhr anbieten soll. Die Unterrichtssprache ist generell Deutsch, lediglich in einzelnen Fächern, wie z.B. Sport, Arbeitslehre etc. kann je nach Personal auch Französisch als Unterrichtssprache gewählt werden.

Die Errichtung der baulichen Anlagen und die Erweiterung bzw. Neubau eines Schulgebäudes liegt in der Verantwortung des Landkreises als Schulträger. Das Ministerium geht dabei im Endausbau von einer Zahl von 700 bis 800 Schülerinnen und Schülern aus. Durch die vorgesehene Ganztagsbetreuung werden zusätzliche Räume für diesen Ganztagsbetrieb und die vorgesehene Betreuung gebraucht.

Zuständig für den späteren Schulbetrieb und damit für die Schulaufsicht wird das Saarländische Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaften sein; das Ministerium auf saarländischer Seite wird auch die erforderliche Schulordnung für den Schulbetrieb erlassen.

Herr Schröder weist abschließend darauf hin, dass zur Verwirklichung des Vorhabens noch die Ratifizierung der Verträge durch die Bundesregierung in Berlin bzw. durch die Regierung in Luxemburg erfolgen muss. Bereits jetzt wird jedoch ein Büro für die neue Schule an der Erweiterten Realschule in Perl eingerichtet; dieses Büro wird ab Herbst 2006 besetzt sein. Herr Schroeder geht davon aus, dass der Schulbetrieb mit dem Schuljahr 2007/2008 zunächst in den bestehenden Räumen anlaufen kann.

Nach Abschluss des Vortrages von Herrn Schroeder dankte der Vorsitzende ihm und Frau Freigang ausdrücklich für die bisher geleistete Arbeit an dem Projekt; er selbst sehe die Realisierung des Schulvorhabens am Standort Perl auf einem guten Weg. In diesem Zusammenhang hob er nochmals die einmalige Bedeutung des "Schengen-Lyzeums" für die Infrastruktur und die Weiterentwicklung der Gemeinde Perl im Dreiländereck hervor.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde zu dem Vortrag von Herrn Schroeder wurde eine Vielzahl von Einzelfragen aus der Mitte des Rates von den Vertretern des Ministeriums beantwortet. Unter anderem wurden hier folgende Punkte angesprochen:

- Die Schulaufsicht wird durch das Ministerium im Saarland ausgeübt.
- Hinsichtlich der Ferienregelung wird ein Sonderstatus für das "Schengen-Lyzeum" eingerichtet werden, da die Schulferien in Luxemburg (2 Monate) und im Saarland (6 Wochen) voneinander abweichen. Hier soll für die ersten drei Jahre eine Kompromisslösung dergestalt eingerichtet werden, dass die großen Ferien auf sieben Wochen in den Monaten Juli und August festgelegt werden.
- Schulleiter wird eine deutsche Lehrkraft, sein Stellvertreter ein luxemburger Lehrer sein.
- Die Lehrpläne werden zunächst aus luxemburger und saarländischen Lehrplänen zusammengestellt. Hier ist zu beachten, dass die Prüfung für den Hauptschul- bzw. mittleren Bildungsabschluss im Saarland einheitlich gestaltet sind, so dass man sich hier an diesen Lehrplänen orientieren muss.
- Ein Seiteneinstieg von einer anderen Schulform ist grundsätzlich möglich; zu beachten ist jedoch, dass der Schwerpunkt der Perler Schule auf den Sprachen liegen wird.
- Hinsichtlich der notwendigen Baumaßnahmen ist zurzeit der Landkreis Merzig-Wadern dabei, die Pläne aufzustellen und mit den zuständigen Stellen abzustimmen. Bei einem Investitionsvolumen von geschätzt rd. 12 Mio. Euro ist unter Umständen eine europaweite Ausschreibung notwendig, die zurzeit vorbereitet wird.

Abschließend dankte der Bürgermeister nochmals den Vertretern des Ministeriums für ihr Kommen und den zahlreich erschienenen Zuschauern sowie der Presse für ihr Interesse an dem Schulstandort. Er wies dabei darauf hin, dass zu einem späteren Zeitpunkt, d.h. vor Aufnahme des Schulbetriebes weitere Informationsveranstaltungen, u.a. mit der Grundschule Perl stattfinden werden.

Der Gemeinderat nahm das Konzept und die Information insgesamt positiv auf und insoweit zustimmend zur Kenntnis.

### **Verabschiedung von Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2006**

Mit dem den Mitgliedern mit der Einberufung zugegangenen Entwurf zum Nachtragshaushalt 2006, wie er sich nach der gemeinsamen Beratung in den beiden Ausschüssen vom 09. August 2006 ergibt, werden gegenüber den bisherigen Ansätzen:

- im Verwaltungshaushalt die Einnahmen und Ausgaben um jeweils 310.000,-- € erhöht; der Verwaltungshaushalt bleibt damit ausgeglichen.
- Damit werden die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt auf jeweils 9.040.000,-- € neu festgesetzt.
- Im Vermögenshaushalt werden die Einnahmen und Ausgaben jeweils um 532.000,-- € erhöht und neu festgesetzt auf nunmehr 6.462.000,-- €
- Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt wird nicht verändert (320.000,-- €).
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird neu festgesetzt auf nunmehr 3.000.000,-- €
- Durch den Nachtragshaushalt ist es möglich, den in der Jahresrechnung 2005 ausgewiesenen zusätzlichen Fehlbetrag in Höhe von 462.500,-- € durch eine erhöhte Zuführung aus dem Vermögenshaushalt abzudecken.

Die nach dem KSVG vorgeschriebene Anhörung der Ortsräte zu den ihren Gemeindebezirk betreffenden Ansätzen ist erfolgt; die betroffenen Ortsräte haben keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge zum Entwurf gestellt.

Der Finanz- und Personalausschuss hat sich in seiner gemeinsamen Sitzung mit dem Bau- und Umweltausschuss am 09. August 2006 mit dem Nachtrag eingehend befasst, ohne eine Empfehlung an den Gemeinderat auszusprechen; der Entwurf sollte zunächst in den Fraktionen beraten werden.

Der Vorsitzende fasste zu Beginn der Beratungen nochmals die Eckpunkte bzw. die wichtigsten Zahlen und Änderungen, insbesondere des Vermögenshaushaltes zusammen.

In der sich anschließenden Diskussion erklärten sowohl die Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, als auch die der FDP-Fraktion dem Nachtragshaushaltsplan, der Nachtragssatzung und der Änderung des Stellenplanes zuzustimmen.

Dem gegenüber machte der Fraktionsvorsitzende der SPD deutlich, dass seine Fraktion unter anderem wegen rechtlicher Bedenken gegen die erhöhte Zuführung an den Verwaltungshaushalt dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen könne.

Nach einer zum Teil kontrovers geführten Diskussion, in deren Verlauf nochmals die Grundlagen des Haushaltes erläutert bzw. erörtert wurden, beschloss der Gemeinderat mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen folgende Nachtragssatzung:

„§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan 2006 werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltesplanes einschließl. dieses Nachtrages gegenüber bisher EUR	auf nunmehr festgesetzt EUR
a) im Verwaltungshaushalt:				
die Einnahmen	310.000	---	8.730.000	9.040.000
die Ausgaben	310.000	---	8.730.000	9.040.000
b) im Vermögenshaushalt:				
die Einnahmen	532.000	---	5.930.000	6.462.000
die Ausgaben	532.000	---	5.930.000	6.462.000

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird **nicht verändert**.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht verändert.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird neu festgesetzt auf **3.000.000,00 €**

§ 5

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Der vom Gemeinderat am 21. Dezember 2005 beschlossene Stellenplan wird wie folgt geändert:

- Die Stelle Nr. 9 im Teil B -Tariflich Beschäftigte- wird von Entgeltgruppe 5 nach Entgeltgruppe 6 angehoben.“

### **Bauleitplanung für den Ortsteil Besch – Änderung des Bebauungsplanes "In der Schladt" (erneute Offenlegung)**

Mit dieser Angelegenheit hatte sich der Bau- und Umweltausschuss zuletzt in seiner gemeinsamen Sitzung mit dem Finanz- und Personalausschuss am 09.08.2006 eingehend befasst und dem Gemeinderat einstimmig empfohlen, den Bebauungsplan in zwei Teilbereiche zu gliedern sowie die erneute Offenlegung bis zur Sitzung des Gemeinderates im Oktober durchzuführen.

Nähere Einzelheiten hierzu wurden nochmals anhand des Bebauungsplanentwurfs im Detail erläutert und dabei die von den Ausschüssen vorgegebene Beschlussempfehlung dargestellt.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, der Empfehlung der beiden Ausschüsse folgend, den Bebauungsplanentwurf "Änderung Bebauungsplan In der Schladt" in zwei Teilbereiche und damit in zwei Teilbebauungspläne zu gliedern und für den Teilbereich I die erneute öffentliche Auslegung durchzuführen mit dem Ziel, diesen Teilbereich in der Sitzung des Gemeinderates am 30.10.2006 als Satzung zu beschließen.

### **Bauleitplanung für den Ortsteil Perl – Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) zur Änderung des Bebauungsplanes "Dörrwiese/Mühlenklopp" (Offenlegung)**

Auf Wunsch des Vorhabenträgers stimmte der Gemeinderat einer Vertagung dieses TOP bis zur nächsten Ratssitzung einstimmig zu.

### **Weitere Erschließung des Gewerbegebietes "Wieser Weg" im Ortsteil Besch, V. Bauabschnitt**

Nachdem die Firma WPS aus Luxemburg den Bauantrag zur Errichtung ihres Betriebsgebäudes im rückwärtigen Bereich der Firma Boesner eingereicht hat, müssen die notwendigen Erschließungsanlagen, wie Ver- und Entsorgungsleitung und Straßenausbau bis zum Betriebsgelände seitens der Gemeinde ausgeführt werden.

In einem I. BA sollen die Ver- und Entsorgungsleitungen, d.h. Frisch- und Schmutzwasserkanal sowie der Lückenschluss der Wasserleitung komplett ausgebaut werden. Die Straße hingegen soll zunächst nur im Vorstufenausbau bis zur Einfahrt in das neue Betriebsgelände hergestellt werden. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für diesen I. BA/1. FA belaufen sich laut Kostenermittlung des Ingenieurbüros auf rd. 390.000,-- €

Der Gemeinderat stimmte diesem Vorschlag zur weiteren Erschließung des Gewerbegebietes einstimmig zu.

### **Auftragsvergaben**

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig die Vergabe folgender Aufträge an die genannten Unternehmen:

- Lieferung von Rohren und Formstücken zur Erneuerung der Wasserleitung im Baugebiet "Im Hofbüsch" (BIG) in Besch – Firma IBA Halberg, Saarbrücken.
- Material für Hausanschlüsse im Zusammenhang mit der Erneuerung der Wasserleitung im Baugebiet "Im Hofbüsch" (BIG) in Besch – Firma Raesch, Saarbrücken.

- Arbeiten für den II. BA zum Endausbau des Baugebietes "Vorderst Acht" in Nennig – Firma Meirs GmbH, Losheim am See.
- Ankauf eines neuen Unimogs für den Gemeindebauhof – Firma Fasioco-Finger GmbH, Koblenz.

### **Grundstücksangelegenheiten**

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig den Erwerb von bahneigenen Flächen im Bereich der Bahnhöfe Perl und Nennig und den Verkauf von zwei Baugrundstücken im Ortsteil Perl. Ebenso stimmte er der Errichtung eines Sendemastes von E-plus Mobilfunk in Nennig zu.

### **Informationen**

- **Klage der SPD-Ratsfraktion gegen den Bürgermeister**

Der Vorsitzende informierte die Gemeinderatsmitglieder darüber, dass die SPD-Fraktion wegen mangelnder Informationen zur Beratung des Erschließungsvertrages "Auf Siercker Gewännchen" gegen den Bürgermeister eine Klage beim Verwaltungsgericht des Saarlandes erhoben hat. Die Gemeinde ist aufgefordert, hierzu eine Stellungnahme abzugeben; dies wird fristgerecht erfolgen. Der Gemeinderat nahm dies so zur Kenntnis.

- **Einladung zum Herbstfest des Kindergartens St. Martin Nennig**

Der Vorsitzende gab den Mitgliedern des Gemeinderates eine Einladung des Kindergartens Nennig bekannt und bat darum, möglichst zahlreich an der Veranstaltung des Kindergartens teilzunehmen.